

Warum Krabbenfischer skeptisch bleiben

WIRTSCHAFT Nachricht aus Brüssel verheißt Aufschub des Grundnetzverbotes

VON AXEL PRIES

NORDEN/OSTFRIESLAND – In der Woche nach dem großen Protesttag bei der Agrarministerkonferenz in Büsum erleben die ostfriesischen Krabbenfischer eine Welle der Sympathie und der Unterstützung in der ganzen Region. Die Stadt Norden verkündet auf ihrer Website sogar ausdrücklich einen „Schulterschluss mit Norddeicher Fischern“. Derweil hat sich in Brüssel offenbar eine Entwicklung aufgetan, die den Fischern zumindest einen Aufschub bis 2030 verheißt – aber Skepsis auslöst.

Das Versprechen

Mit dem Versprechen, sich für die Krabbenfischer der Nordsee bei der EU einzusetzen, war Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir aus Brüssel abgereist. Vielleicht der Protest der Fischer, aber wahrscheinlich auch das deutliche Votum seiner Länderkollegen hatten ihn dazu bewegt. Derweil drückten verschiedene ostfriesische Facebook-Gruppen ihre Solidarität mit den Fischern aus, und auch die SPD-Landtagsbeziehungsweise Bundestagsabgeordneten Matthias Arends sowie Johann Saathoff bekräftigen auf ihren Internetseiten



Weithin sichtbar warnen die schwarzen Kreuze im Norddeicher Hafen vor einem Aus der Krabbenfischerei. BILD: AXEL PRIES

ihre Unterstützung. „Wir müssen die Krabbenfischerei an unseren Küsten langfristig sichern“, schreibt etwa Johann Saathoff.

Der SPD-Landtagsabgeordnete drückt seine Sympathie dadurch aus, dass er eine Aussage von Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) weiterverbreitet: „Unsere Krabben- und Muschelfischer dürfen nicht im Regen stehen gelassen werden. Ich setze mich daher gegen das geplante Verbot der grundberührenden Fangnetze ein.“

So viel Solidarität ist offenbar auch in Brüssel angekommen – auf jeden Fall offenbar ein Brandbrief der drei CDU-

Europa-Abgeordneten David McAllister, Jens Gieseke und Niclas Herbst. Sie warnten, dass das Verbot der Grundnetzfisherei in allen Natura 2000-Gebieten bis 2024 und bis 2030 in allen maritimen Schutzgebieten das Aus für Krabbenfischer bedeuteten würde. Sie forderten die Kommission auf, den Passus ersatzlos zu streichen.

Der Umweltkommissar Virginijus Sinkevicius habe das Schreiben positiv aufgenommen, heißt es in der Nachricht weiter. Eine Sprecherin der EU-Kommission habe dazu erklärt, dass es kein automatisches Verbot der Grundnetzfisherei zum 1. März 2024 ge-

ben solle. Man werde nun mit den Interessenvertretern sprechen und fordere die Mitgliedsstaaten auf, die Situation ihrer Gewässer und Flotten zu erfassen.

Ob damit das Verbot tatsächlich vom Tisch ist, ließ sich allerdings zwischenzeitlich nicht bestätigen. Auf Anfragen nach Einzelheiten kam von den EU-Abgeordneten keine Antwort. Auch im Büro des SPD-Abgeordneten Johann Saathoff ist eine grundlegende Wendung in der Geschichte nicht bekannt.

„Bin nicht beruhigt“

Der Geschäftsführer der Erzeugergemeinschaft der Deutschen Krabbenfischerei, Dirk Sander, drückt seine Freude darüber aus, dass die Fischer so viel Solidarität erfahren: „Damit hatte ich nicht gerechnet.“ Von einer möglichen Kehrtwende der EU-Politik habe er aber noch nichts erfahren. Die Nachricht, dass das Verbot ab März 2024 nicht kommen soll, löst bei ihm keine Freude aus: „Dann kommt das scheinbarweise in der Zeit danach.“ In Gesprächen des Deutschen Fischereiverbandes mit der EU-Kommission seien nur vage Versprechen gegeben worden. Sein Schluss: „Die Nachricht beruhigt mich gar nicht.“